

Die Reifeprüfung der Zivilgesellschaft

Wie ein Tsunami zieht im Herbst eine Flüchtlingswelle über Deutschland, die das Land nachhaltig verändert und in Folge der ersten Krisen noch mehr verändern wird einschließlich im Windschatten davon eine Pseudobürgerbewegung der Fremdenfeindlichen.

Das seit 20 Jahren beschworene neue Verhältnis von Staat, Zivilgesellschaft und Wirtschaft, der von Michael Bürsch geforderte neue Vertrag zwischen Bürger und Staat ist sichtbar geworden. Die vieldiskutierte Individualisierung und Transformation vom Ehrenamt zum bürgerschaftlichen Engagement ist sichtbar geworden.

Der politikwissenschaftliche Diskurs um Governance statt Government, also die veränderte Rolle des Staats- und Verwaltungsapparates ist angesichts der unmittelbar überwältigenden Wirkung von Weltpolitik auf den kommenden Alltag so offensichtlich geworden, dass es vielen Wissenschaftlern offensichtlich erst einmal die Sprache verschlagen hat und den Medien die üblichen Feinbilder.

Zwischen September und Oktober 2015 wurden in schlecht abgestimmten Verfahren von Außen-Innen-Bundes- und Landespolitik fast zwei Millionen Flüchtlinge irgendwie und irgendwo beherbergt. Behörden – um dies am baden-württembergischen Beispiel von Mannheim zu skizzieren – wie dort das Karlsruher Regierungspräsidium wurden innerhalb von Tagen zu Vollzugsinstitutionen, die 7 Tage in der Woche Aufträge für Catering, Sozialfirmen mit technischen Maßnahmen im Volumen vieler Hunderttausend Euro ohne Haushaltsplan in Gang zu setzen hatten. Staatliche Ämter wie das Hochbauamt in Heidelberg hatten ihren Dienst wegen Überlastung einfach „eingestellt“, hunderte von Handwerker und nachtschichtarbeitenden Stadtwerke improvisierten in Kasernen, die dem Bund gehören, mit den Wasser- und Wärmeanschlüssen. Die Belegung mit Flüchtlingen drohte wochenlang anderweitige Verwendung anstehender Wohnbaumaßnahmen zu blockieren – wie das Konversionsprojekt FRANKLIN langfristig das Gegenteil dessen, was eine Flüchtlingswelle in der zweiten Runde braucht.

Registrierung durch Behörden war monatelang Fehlanzeige, Wohlfahrts- und Katastrophenverbände – jahrelang im Windschatten der Entwicklung – wurden zu unverzichtbaren Partnern, die eines haben, was Staat nicht hat: ein großes Potential von Helfern.

Daneben ereignete sich das, was man die Reifeprüfung der deutschen Zivilgesellschaft nennen kann. Das vermeintliche individualistische Bürgerengagement drängte zur Tat und mindestens 20 zentrale

und dezentrale Initiativen allein in Mannheim tauchten auf. Die Vielfalt der jetzigen Stadtgesellschaften zeigte erstmals „die Früchte“ der Integration, bot ihre unmittelbaren Ressourcen dar: die einen erinnern sich an die Heimatvertreibung, andere an ihre eigene Jugoslawienflucht, dritte an den Wohlstandsüberfluss im Kleiderschrank und eine weitere Gruppe stellte ihre berufliche Kompetenz im Vorruhestand zur Verfügung als Ärzte, Pfleger oder Sozialarbeiterinnen. Der Not gehorchend wurde in einem Lager eine Kleiderkammer organisiert, im anderen eine Kinderspielgruppe. Moralisch bewegt schwelgte die Seele bei hunderten von Freiwilligen zwischen Helfen und Empörung (über das Orgachaos), zwischen Irritation (anspruchsvolle Flüchtlinge) und Ohnmacht angesichts völliger Intransparenz darüber, wer jetzt wo warum zuständig sei. Eine kleine andere Gruppe formiert sich im Widerstand gegen alles Fremde.

Jahrelang wurde über die Infrastruktur des Engagements geredet, noch Anfang des Jahres ein Symposium des Bundesfamilienministeriums wieder auf den Weg geschickt. Hier wäre eine gute Infrastruktur notwendiger denn je. Es liefen viele Initiativen völlig an Freiwilligencentren o. ä. vorbei und vieles parallel. Was fehlt ist die selbstverständliche Schnittstelle zwischen Stadt, Kommunalverwaltung, Verbänden, Spontaninitiativen und Unternehmen. Spät wurden Krisenstäbe eingerichtet, (außerhalb von THW und Feuerwehr ungewohnt) in strenger Krisenhierarchie und ohne Sensibilität für das, was Bürgerengagement braucht. Die einen okkupieren ihre Helfer als ihr Helferpotential („denen sagen wir, wo es lang geht“) oder misstrauen den Anderen (wer weiß, wer da kommt). Ansatzweise lernen Verbände wieder die „Ansprache“ nicht verbandsgebundener Freiwilliger, während sie die letzten zehn Jahre eigentlich zu Dienstleistungsverbänden mutierten und ihre Freiwilligen vernachlässigten.

Die vielen Freiwilligen erleben sich im Strudel der Ereignisse. Niemand erklärt ihnen, warum wer wo Flüchtlinge verteilt, ob Flüchtlingen erklärt wird, was jetzt auf sie zukommt: Essen von Staatswegen, Kleider aus Spenden der Zivilgesellschaft, Angebote von Unternehmen, ein Lauftraining vom Sportgeschäft und ein Handwerkereinsatz umsonst. Wer ist in der Lage Herrn X aus dem Sudan oder Familie X aus Syrien die Zivilgesellschaft zu erklären, muss man das und wenn man es nicht tut, welche Missverständnisse sind die Folge?

Die Flüchtlinge erleben ein Bahnunternehmen, Polizei, Hilfsdienste, private Sicherheitsdienste, Kommunalpolitiker, Brandschutzbeauftragte, Freiwillige, Sozialverbände, Caterer, Ärzte der privaten und der amtsärztlichen offiziellen Art, Journalisten, möglicherweise auch Demonstranten gegen sie und ihre Anwesenheit. Die deutsche Zivilgesellschaft tritt in ihrer vollen Blüte auf den Plan, übervoll mit Emotionen und Ressourcen, alles zusammen miserabel organisiert, erträglich weil es immer noch aus dem Überfluss schöpft.

Rechtsberatung soll Flüchtlingen angeboten werden bevor sie überhaupt registriert sind. Regelwerke stehen auf dem Prüfstand. Soll Schwarzfahren geduldet werden in den öffentlichen Verkehrsmitteln oder geahndet werden aber mit welchen, absehbar unwirksamen Folgen?

Soll pressekritisch berichtet werden über sexuelle Anmache oder soll dies, um jedem Anflug rechten Populismus nicht anheim zu fallen, das alles kleingeredet werden? Die Medien und ihre Vertreter

sind verunsichert. Eine Bildzeitung, die vor Monaten Griechenland aus dem Euro werfen wollte, lobt die Helfer. Der Freiwilligenstrom hat auch die öffentliche Meinung verändert. Mit millionenschwerem Aufwand macht die ARD ein open air Konzert in München als Dank an die Helfer, sozusagen Anerkennungskultur vom Feinsten, ca. 10 % Flüchtlinge eben darunter. Die Zivilgesellschaft Deutschlands übt ihre Performanz und viele der gut ausgebildeten Ausländer im eigenen Land wirken stolz mit am „freundlichen Deutschland“. Was sich in den Überschwemmungskatastrophen an Oder-Neiße angebahnt hat bricht sich jetzt den Weg und fast überall, wo rechte Fremdenhasser ihre Pegidas demonstrieren, lassen sich Gegendemonstranten finden.

Es geht offensichtlich darum, etwas für dieses Leben und dieses Land zu tun, das man so offen haben will, wie es geht.

Schwieriger ist es bei den Verlierern der modernisierten Demokratie. Sozial Schwächere ahnen, dass da Konkurrenten auf Wohn- und Arbeitsmärkten kommen und viele Migranten sehen sich links überholt, weil nun „wirklich“ arabisch sprechende Aktive kommen, die nicht hedonistische Abgrenzung demonstrieren.

Diese Reifeprüfung spaltet, wie ich es in „Demokratie in den Städten“ (Nomos 2015) beschrieben habe, die Demokratie noch tiefer in die, für die eine offene Lebensvielfalt „gelebte Demokratie“ ist und die, die sich ohne Grenzen und sozialstaatliche Sicherheiten nicht mehr vertreten fühlen: Politiker als Lügenpack, „Wahlen und wir gehen nicht hin“.

So manifestiert dieser Moment als einer der beeindruckendsten Momente der aktiven Zivilgesellschaft gleichzeitig die Spaltung der repräsentativen Demokratie und die Verwerfungen effektiver Zusammenarbeit von Verwaltungsapparaten, politischem System und Initiativen. Rollen auch für die Modernisierungsverlierer finden!

Jetzt müsste manche „Ehrenamtsdebatte“ wieder vom Kopf auf die Füße gestellt werden. Statt Anerkennungskultur, Schulung oder strikter Freiwilligkeit sollte es „Responsiveness“ geben, einen Apparat, der hochflexibel reagiert auf die Initiativen, sie richtig einsetzt, unterstützt, die Wege freiräumt, sozusagen das „schwere Gerät“ mitbringt auf dem die Freiwilligen effektiv werden können. Hier einen Raum für Sprachkurse, dort einige Busse, hier rasch verlegte Wasserleitungen, dort Holz für Selbstbauweise, hier eine Feuerwehr, die Lichtleitungen legt, dort Hauptamtliche, die sich zurückziehen, wenn Andere da sind.

Eine Subsidiarität, die nicht auf Verbände sondern auf Initiativenpotential abzielt, eine Soziallehre à la Nell-Breuning wieder belebt für die moderne Krisenbewältigung.

In vielen Fällen bedeutet das Risiken zu übernehmen, Vorschriften von Unfall-Brandschutz-Hygiene etc. ernstnehmen aber nicht zum Hindernis werden lassen, Gewaltprävention, Konflikte und Massenhysterie schneller zu erkennen und kooperativ zu üben, Vertrauen zwischen Institutionen und Initiativen.

Darin läge die Reife des Moments: Den Fokus zu verschieben von einer Bürgerbeteiligungsdebatte der ewig Gleichen um die Wohlstandsfragen hin zu einer Teilhabedebatte um eine komplexe offene Demokratie, die nur in der Kooperation gestärkt hervorgeht und die dafür klügere Organisation braucht, quasi smart networking der Zivilgesellschaft mit der Staatsverwaltung und der Wirtschaft.

Autor:

Dr. Konrad Hummel ist Konversionsbeauftragter der Stadt Mannheim.

Kontakt: Konrad.Hummel@mannheim.de

Redaktion:

BBE-Newsletter für Engagement und Partizipation in Deutschland

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

- Geschäftsstelle -

Michaelkirchstr. 17-18

10179 Berlin-Mitte

+49 (0) 30 6 29 80-11 5

newsletter(at)b-b-e.de

www.b-b-e.de